

Angleichung härteste Nuss



Helmut Hinsenhofen (m.), im GBV der GdP zuständig für Tarifpolitik, begrüßt den ÖTV-Vorsitzenden Herbert Mai. [Foto: A. Halt]

Von Alberdina Körner

Stuttgart/Hilden. Die Angleichung der Ost-Einkommen an das Westniveau, eine Einkommenserhöhung von fünf Prozent sowie eine Vermehrung der Ausbildungsplätze stehen im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Forderungen der Einkommensrunde 2000. Dass die Angleichung die härteste Nuss sein würde, zeigte sich bereits zum Auftakt der Verhandlungen Ende März. Aber auch im zweiten Termin Mitte April gab es nicht den geringsten Fortschritt.

Unmittelbar zu Beginn der zweiten Verhandlungsrunde am 14. April in Stuttgart kündigten die Arbeitgeber an, kein Angebot vorlegen zu wollen, und erklärten, dass die Verhandlungen nur mit einer Vorgabe für die Verhandlungen zur Zusatzversorgung (VBL) erfolgreich fortgeführt werden könnten. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB und die DAG forderten hingegen die Arbeitgeber auf, in der anstehenden Verhandlungsrunde die Angleichung der Löhne und Gehälter Ost zu thematisieren und ein Angebot vorzulegen.

Arbeitgeber: "Angleichung kein Thema"

Darauf erwiderten die Arbeitgeber, die Angleichung Ost sei für sie kein Thema. Für sie gelte ausschließlich, dass es ein Tarifergebnis 2000 nur mit einer Lösung zur Frage der VBL gebe. Der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Georg Milbradt, Finanzminister des Landes Sachsen, blieb in puncto Angleichung bei seiner bereits bekannt harten, wenn nicht verschärfte Linie: Die Angleichungsfrage stehe in Zusammenhang mit den Gesprächen zum Länder-Finanzausgleich, deren Ende nicht vor 2001/2002 zu erwarten sei. Bis dahin sei eine weitere Angleichung kontraproduktiv für die neuen Länder. Die Pro-Kopf-Kosten in den Haushalten in den neuen Ländern seien schon jetzt höher als in den alten Ländern.

Milbradt verwies erneut auf "die Lohnführerschaft des öffentlichen Dienstes im Osten". Auch seien die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Osten mit den 86,5 Prozent zufrieden, ihr Arbeitsplatz sei ihnen wichtiger. Es werde keine Angleichung geben, auf keinen Fall als Stufenplan. Größere Erfolge hätten auch in der Vergangenheit in den kleineren Schritten gelegen. Für seine Auffassung habe er alle Länder, Ost wie West, im Rücken. Geäußerte gegenteilige Meinungen von irgendwelchen

Politikern oder Ministerpräsidenten seien unbeachtlich, da nicht Arbeitgebermeinung.

Bundesinnenminister Otto Schily übernahm dann den Part zur allgemeinen Einkommenserhöhung. Grundsätzlich sehe er überhaupt keinen Verhandlungsspielraum. Allenfalls könne der bei 0,6 Prozent liegen, das sei absolute Höchstgrenze. Die Anhebung der Renten und die Staatsverschuldung dürfe man dabei nicht aus den Augen verlieren. Milbradt ergänzte, man müsse berücksichtigen, was ein Staat seinen Rentnern zubillige. Dies müsse auch für Einkommenserhöhungen der Maßstab sein.

Zur Frage der Ausbildung und der anschließenden Übernahme erklärten die Arbeitgeber, dass sie allenfalls das Ausbildungsniveau von 1999 halten könnten. Eine Übernahme der Auszubildenden für zwölf Monate sei undenkbar, die Ausbildungsbereitschaft der Arbeitgeber würde dramatisch sinken.

Expertengruppe soll Lösung des VBL-Problems vorbereiten

Zum Thema VBL bestanden die Arbeitgeber darauf, die gesetzlichen Regelungen tariflich zu vereinbaren, damit alle nachfolgenden Veränderungen automatisch nachvollzogen werden könnten. Der Hinweis der Gewerkschaftsseite, dass sie zu Lösungen bereit gewesen sei, dies die Arbeitgeber aber in den Verhandlungen zur 37. Satzungsänderung abgelehnt hätten, quittierten die Arbeitgeber damit, dass das nicht weitreichend genug gewesen sei und nun in der Einkommensrunde geregelt werden müsse.

Dieses Ansinnen wiesen die Gewerkschaften von sich und schlugen vor, das Thema VBL parallel zur Einkommensrunde, aber inhaltlich davon getrennt zu verhandeln.

Man einigte sich schließlich auf die Einrichtung einer Expertengruppe. Sie hat den Auftrag, bis zur nächsten Verhandlungsrunde konsensfähige Lösungsmöglichkeiten vorzubereiten unter Beachtung folgender Maßgaben:

- kurzfristige Lösung von zu erwartenden Finanzierungsproblemen aufgrund der überproportional steigenden Versorgungsrenten,
- keine Veränderungen des Systems.

Dabei soll auch verabredet werden, wie die Umsetzung der vereinbarten Parität im Verwaltungsrat befördert werden kann. Noch vor der nächsten Verhandlungsrunde soll sich die Expertenrunde treffen.

"Ohne Stufenplan kein Abschluss"

Dass sich die Tarifverhandlungen als äußerst schwierig erweisen würden, hatte sich bereits in der ersten Runde am 29. März gezeigt:

"In dieser Tarifrunde steht die Angleichung der Einkommen im Vordergrund. Ohne Angleichungsschritte in einem überschaubaren Stufenplan wird es im öffentlichen Dienst keinen Tarifabschluss geben", hatte ÖTV-Vorsitzender Herbert Mai zum Auftakt der Einkommensrunde am 29. März in Stuttgart im Namen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Deutschen Gewerkschaftsbund erklärt.

Wie weit die Verhandlungspartner auseinander lagen, hatte Bundesinnenminister Otto Schily deutlich gemacht: Die Osteinkommen könnten sich nur innerhalb der dort bestehenden Rahmenbedingungen bewegen. Sie würden "mit 86,5 Prozent sehr gut dastehen". Die Forderung nach fünf Prozent Einkommenserhöhung sei "realitätsfremd"; er halte es "für ein gutes Ergebnis, wenn das Ergebnis der Tarifrunde 1999 nicht wieder einkassiert werden müsste."

Die Tarifparteien trennten sich ohne jede Annäherung. Die Verhandlungen werden am 5. und 6. Mai in Stuttgart fortgesetzt.

(aus DEUTSCHE POLIZEI 5/2000)